

Vorlage-Nr. 1744 / 2010

Sozialdemokratische Fraktion
im Ortsbeirat Mainz-Neustadt



Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Mainz-Neustadt



27.09.10

Antrag zur Ortsbeiratssitzung am 06.10.2010

Gelder für das Programm „Soziale Stadt“ dürfen nicht gekürzt werden

Der Ortsbeirat Mainz-Neustadt fordert die Verwaltung auf, sich vehement gegenüber allen bundespolitischen Akteuren gegen die von der Bundesregierung beabsichtigten Kürzung der Gelder für städtebauliche Maßnahmen zu wenden, weil ein solcher Schritt negative Auswirkungen auf die Projekte des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ und damit auf die weitere Entwicklung der Stadt Mainz und dabei insbesondere der Mainzer Neustadt haben wird.

Begründung: Das Bund-Länder Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ läuft seit gut zehn Jahren und ist aus der Mainzer Städtebaupolitik nicht mehr weg zu denken. Im Laufe der Jahre konnten insbesondere in der Neustadt mit ihren zahlreichen städtebaulichen Defiziten die Aufwertung und Umgestaltung zahlreicher Plätze, Spielräume und Straßen in die Wege geleitet und die soziale Infrastruktur gestärkt werden. Die „Soziale Stadt“ hat so zu einer Verbesserung des sozialen Klimas im Stadtteil beigetragen und muss daher im gleichen Maße fortgesetzt werden.

Eine radikale Kürzung der städtebaulichen Fördermittel von Seiten des Bundes um 50 Prozent würde hingegen das Programm enorm behindern. Betroffen wären hier von zahlreiche wichtige Projekte im Bereich der Bildung von Kindern aus finanziell schwachen Familien oder Migrantinnen und Migranten.

Zudem würde eine solche Kürzung die momentan in Planung befindlichen Bauprojekte unverhältnismäßig verzögern. Davon betroffen wären z.B. die Umgestaltung der Lessingstraße oder des Goethetunnels. Gleichzeitig würden mit der Kürzung auch jene künftigen Projekte in Frage gestellt, mit denen städtebauliche Defizite beseitigt werden könnten. Dazu zählt die Entwicklung der nördlichen Neustadt als städtebaulich unterentwickeltes Gebiet, das an das künftige Wohnquartier Zollhafen angrenzt sowie die allseits geforderte Aufwertung der Boppstraße.

Johannes Klomann (SPD Fraktion)

Astrid Becker (Bündnis 90/Die Grünen)